



IM RATHAUS

Bündnis90/Die Grünen, Friedensplatz 1, 44122 Dortmund

An die Medien
Dortmund

13.06.02

Presseerklärung

Einführung von Studiengebühren gefährdet den Wissenschaftsstandort Dortmund

Die Landesregierung in NRW hat am 28. Mai im Zuge der Etataufstellung für 2003 die Einführung von Studiengebühren angekündigt: eine Einschreibe-gebühr von 50 Euro pro Semester und eine Gebühr für Langzeitstudierende von 650 Euro. Finanzminister Steinbrück erwartet etwa 137 Mio. Euro von dieser Maßnahme. Die Einnahmen sollen zunächst dem Landeshaushalt und erst in zwei Jahren den Hochschulen zugute kommen – wenn überhaupt.

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hält diese Sparmaßnahme auch im Hinblick auf die Ergebnisse des internationalen Leistungsvergleichs bei 15-jährigen SchülerInnen (PISA-Studie) für kontraproduktiv.

Ingrid Reuter, Mitglied der Fraktion im Schulausschuss, stellt dazu fest:

„In der Diskussion über die Konsequenzen aus dieser Studie ist deutlich geworden, dass künftig zwingend mehr im Bildungsbereich investiert werden muss. Um mehr junge Menschen für ein Studium zu gewinnen, müssen auch die Bedingungen dafür verbessert werden. Der Anstieg der Studienanfänger-Quote bundesweit auf über 32% im letzten Jahr ist zwar erfreulich, wird aber nicht reichen, den nötigen Hochschulnachwuchs im Inland heranzubilden.

Die Einführung von Studiengebühren für Langzeitstudierende würde gerade diejenigen treffen, die sich ihr Studium nebenher verdienen müssen. Sie würde diejenigen bestrafen, die während des Studiums Kinder erziehen oder deren Studium sich durch Krankheit verlängert. Auch für Behinderte ergeben sich daraus weitere Härten. Alles in allem verhindert diese Politik Studium und Beruf oder Familie miteinander zu vereinbaren - was anderen bundesweit in der landespolitischen Initiativen zur Vereinbarkeit zuwiderläuft.“

BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN lehnen die Einführung der Studiengebühren zur Sanierung des Landeshaushalts ab. Unsere Fraktion möchte den vehementen Widerspruch und Widerstand gegen diese Politik unterstützen. Deshalb wird die grüne Fraktion dem Rat der Stadt Dortmund in der kommenden Woche eine Resolution gegen die Einführung von Studiengebühren in Nordrhein Westfalen vorschlagen.